

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer
 Bundesminister

Stubenring 1, 1010 Wien

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Dr. Walter Rosenkranz
 Parlament
 1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.330.673

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)1178/J-NR/2025

Wien, am 25. Juni 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Christoph Steiner und weitere haben am 25.04.2025 unter der **Nr. 1178/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Hilferuf aus der Tourismusbranche: Trinkgeld, Zweitwohnsitze, Betriebsübergaben und Fachkräftemangel** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 12

- *Wie werden Sie mit der aktuellen Entscheidung des BFG hinsichtlich der Sozialversicherung konkret umgehen?*
- *Planen Sie aufgrund der Entscheidung des BFG eine neue gesetzliche Regelung?*
- *Planen Sie aufgrund der BFG-Entscheidung eine österreichweit einheitliche Lösung?*
 - *Falls ja, welche konkreten Konzepte verfolgen Sie?*
- *Wann werden die Betroffenen mit der gewünschten Rechtssicherheit rechnen können?*
- *Gibt es Überlegungen, Trinkgelder (in welcher Form auch immer) generell zu besteuern?*
- *Können Sie zusichern, dass dem einzelnen Arbeitnehmer am Ende einer etwaigen Neuregelung (z.B. Einführung einer Pauschale) mehr Trinkgeld übrigbleiben wird?*

- *Können Sie ausschließen, dass dem einzelnen Arbeitnehmer am Ende einer etwaigen Neuregelung (z.B. Einführung einer Pauschale) weniger Trinkgeld übrigbleiben wird?*
- *Wie wollen Sie dem Problem der Nachzahlungen von Arbeitgebern aufgrund verzerrter Abrechnungen entgegenwirken und für rechtliche Fairness sorgen?*
- *Welche konkreten Maßnahmen planen Sie in Bezug auf die im Regierungsprogramm angekündigte Überprüfung und Neugestaltung der Trinkgeldregelung?*
- *Ziehen Sie die Möglichkeit in Betracht, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die Trinkgelder vollständig von Steuern und Sozialversicherungsabgaben befreit?*
- *Ziehen Sie in Zusammenarbeit mit dem BMI eine Reform des Meldewesens in Betracht, um der Problematik der Zweitwohnsitze in touristischen Regionen gezielt entgegenzuwirken?*
- *Gibt es bezüglich der Zweitwohnsitz-Problematik bereits Abstimmungen oder Evaluierungen mit dem BMI oder innerhalb der Regierung?*

Diese Fragen betreffen keinen federführenden Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus und stellen daher keinen dem Interpellationsrecht unterliegenden Gegenstand der Vollziehung des Ressorts dar.

Zu den Fragen 13 bis 16

- *Welche konkreten Maßnahmen planen Sie zur Vereinfachung der Betriebsübergabe bei Unternehmen, die aufgrund von behördlichen Auflagen erhebliche Investitionen tätigen müssen?*
- *Werden Sie sich für eine Vereinfachung oder Ausnahmeregelungen von Auflagen für Umbauten bei Betriebsübergaben einsetzen?*
- *Werden Sie sich für eine Verlängerung der Frist einsetzen, in der Umbauten aufgrund von Auflagen bei Betriebsübergaben getätigt werden müssen?*
- *Beabsichtigen Sie, dem Trend zur Veräußerung von Familienbetrieben an in- oder ausländische Hotelketten bzw. deren Nutzung als Spekulationsobjekte entgegenzuwirken?*
 - *Falls ja, mit welchen konkreten Maßnahmen?*

Im gewerblichen Betriebsanlagenrecht bestehen bereits Möglichkeiten für Betriebsübernehmende, Ausnahmen bzw. Abstandnahmen von Auflagen zu erhalten. Im Einzelnen sind in diesem Zusammenhang folgende Bestimmungen anzuführen:

- Erforderliche neue Auflagen können im Fall von Betriebsübergaben bis zu fünf Jahre aufgeschoben werden (§ 79 GewO 1994).

- Bestehende wiederkehrende Prüfpflichten und Auflagen können im Fall von Betriebsübernahmen schon jetzt für bis zu drei Jahre ausgesetzt werden (§ 79d GewO 1994).
- Darüber hinaus besteht:
 - für jeden Betriebsinhaber (also auch für Betriebsübernehmer) das Recht, bestehende Auflagen jederzeit daraufhin überprüfen zu lassen, ob sie noch erforderlich, angemessen oder zeitgemäß sind und gegebenenfalls deren Aufhebung oder Änderung zu erlangen (§ 79c GewO 1994) und
 - für Betriebsübernehmer das Recht, eine konsolidierte Zusammenstellung der betriebsanlagenrechtlichen Genehmigungsbescheide zu erhalten (§ 79d GewO 1994).

Im gewerblichen Betriebsanlagenrecht steht daher allen Betriebsübernehmern jetzt schon mehrere Vereinfachungen z.B. ein umfassendes Grace-Period Paket zur Verfügung.

Zu Frage 17

- *Werden an einschlägigen öffentlichen Bildungseinrichtungen Praktika im Ausland höher gefördert als in Österreich?*
 - *Falls ja, in welchen?*
 - *Falls ja, warum?*
 - *Falls ja, wer trägt die Kosten?*

Unbeschadet dessen, dass diese Frage keinen Gegenstand der Vollziehung des BMWET betrifft, liegen dem Ressort dazu auch keine Informationen vor.

Zur Frage 18

- *Welche Maßnahmen planen Sie, um die Beschäftigung in Österreich für bereits ausgebildete oder aktuell auszubildende Fachkräfte attraktiver zu gestalten?*

Mit Stand Ende April 2025 werden in den Lehrbetrieben der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft 7.073 Lehrlinge ausgebildet. Das entspricht einer Steigerung von 0,2 % gegenüber April 2024. Die Lehrlingsausbildung im Tourismus hat sich gegenüber den Corona-Jahren wieder stabilisiert, dennoch suchen nach wie vor viele Unternehmen Lehrlinge. Die Statistik des Arbeitsmarktservice zum Lehrstellenmarkt weist bundesweit weiterhin einen Lehrstellenüberhang aus. Umso wichtiger ist es, die Rahmenbedingungen für Lehrlinge und Lehrbetriebe so attraktiv als möglich zu gestalten. Auf folgende Maßnahmen ist dabei insbesondere hinzuweisen:

- Ausbau des Unterstützungsangebotes "Lehre statt Leere" (Lehrlings- und Lehrbetriebscoaching) für weitere sechs Jahre: Lehrlinge und Ausbilderinnen sowie Ausbilder können zu allen ausbildungsbezogenen Fragen (Lehrlinge auch hinsichtlich privater Herausforderungen) kostenlose und anonyme Coachings in Anspruch nehmen (www.lehrestattleere.at).
- Laufende Überarbeitung der Lehrberufslandschaft - spätestens alle fünf Jahre. Auch die klassischen Berufsbilder Koch/Köchin, Restaurantfachmann/-frau und Hotelkaufmann/-frau werden nach in den letzten Jahren neu gestalteten Ausbildungsordnungen ausgebildet.
- Im Bereich des Qualitätsmanagements werden ab heuer im Rahmen der "Qualitätsinitiative Tourismus" Lehrbetriebe der Gastronomie und Hotellerie spezifisch unterstützt. Schwerpunkte liegen dabei auf Kontrolle und Beratung bei Betriebsübernahmen, insbesondere bei Änderungen des betrieblichen Angebotes sowie im Fall von im Lehrvertrag vorgesehenen Ausbildungsverbünden, wenn der Lehrbetrieb nur Teile des Berufsbildes selbst ausbilden kann (§ 2 Berufsausbildungsgesetz). Abgesehen davon soll im Rahmen der Betriebsberatung verstärkt über die Möglichkeiten und Angebote der betrieblichen Lehrstellenförderung wie etwa die Weiterbildung von Lehrlingen, Ausbilderinnen und Ausbildern informiert werden.

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer

Elektronisch gefertigt

